



Änderungsantrag

der Fraktionen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und der Abgeordneten des SSW

Berichte zum A20-Urteil des Bundesverwaltungsgerichts Drucksache 18/1306

Der Landtag wolle beschließen:

1. Die Landesregierung wird gebeten, dem Landtag in seiner 15. Tagung mündlich über erste Erkenntnisse und über Konsequenzen aus den Urteilen des Bundesverwaltungsgerichts zur A20 vom 6. November 2013 zu berichten.
2. Die Landesregierung wird gebeten, nach Vorliegen und Auswertung der Urteile des Bundesverwaltungsgerichts zur A20 vom 6. November 2013 über die Auswirkungen im Wirtschaftsausschuss zu berichten.

Olaf Schulze
und Fraktion

Detlef Matthiessen
und Fraktion

Lars Harms
und die Abgeordneten des SSW